Leitantrag

zum Kreisdelegiertentag der JU St. Wendel am 18. Oktober 2014 in Bliesen

Jung. Digital. Zukunft. -

Netzpolitik im Sankt Wendeler Land

I. Präambel

Die Digitalisierung schreitet mit großen Schritten voran. Erst in diesem Jahr wurde ein Bundestagsausschuss „Digitale Agenda“ etabliert. Das zeigt, dass dieses Thema für die Politik immer noch Neuland ist. Hier waren es die jungen Abgeordneten, die dies mühevoll durchgesetzt haben. Die Jugend trägt darin offensichtlich eine große Verantwortung für die Gesellschaft. Sie verfügt auf diesem Fachgebiet über Wissen, das von Kindesbeinen an spielerisch erlernt wurde. Deswegen haben wir beim Thema Digitalisierung eine andere Sicht auf die Dinge. Es ist daher die Pflichtaufgabe der Jugend, die Verantwortlichen immer wieder auf die Notwendigkeit von Maßnahmen im digitalen Bereich aufmerksam zu machen. Doch auch vielen Mandatsträgern wird mittlerweile immer stärker bewusst, dass sie in dem „neuen Bereich“ tätig werden müssen. Begriffe, wie beispielsweise Industrie 4.0, Breitbandausbau, Digitale Agenda sind mittlerweile täglich zu hören. Sie sind der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft für die Zukunft. Dazu wird eine hochmoderne und vor allem flächendeckende Infrastruktur vorausgesetzt. Insgesamt gilt: Wir müssen uns bei dem Thema Digitalisierung bewegen und zielgerichtet Entscheidungen treffen! Aus diesem Grund wollen wir mit diesem Papier Denkanstöße liefern, wie die Digitalisierung bei uns in der ländlichen Region gelingen kann.

II. Freies WLAN an öffentlichen Plätzen

Die Freiheit der Kommunikation sowie die Möglichkeit zur Information gehören grundsätzlich zu den unverzichtbaren Grundelementen unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Um allen Mitgliedern unserer Gesellschaft die gleiche Chance zur Teilhabe an Kommunikation und Information zu gewährleisten, ist es notwendig, räumliche Schranken zu überwinden. Das Konzept muss also lauten – freies Internet an zentralen Stellen kostenlos für jeden! Dafür müssen an öffentlichen Plätzen, wie beispielsweise dem „Schloßplatz“, dem „Schaumbergplateau“ oder am „Bostalsee“ freie Internetzugänge bereit gestellt werden.

Unserer Meinung nach würde so ein großer Wohlfühlfaktor für das Leben und Urlauben im St. Wendeler Land geschaffen. Gerade auch die ausländischen Touristen könnten profitieren. Sie haben oft mit erheblichen Mehrkosten für internationale Mobilfunkkommunikation zu kämpfen und schalten ihr mobiles Internet daher zumeist aus. Sie können dann damit vor Ort keine Informationen über die Region abrufen. Aber auch alle anderen hätten Vorteile von schnellem Internet per WLAN. Sowohl die technischen als auch die finanziellen Anforderungen stellen weniger ein Problem bei der Umsetzung dar. Es sind vielmehr juristische Fragestellungen und Sicherheitskriterien, die einer „einfachen“ Umsetzung im Wege stehen. Hierbei steht der sogenannte Begriff der Störerhaftung im

Raum. *Der „Störer“ ist dabei jemand, der auf beliebige(!) Weise mit der Verbreitung rechtlich zu beanstandender Inhalte zu tun hat,* also in diesem Sinne auch der Betreiber eines WLAN-Routers. Man stelle sich beispielsweise vor, dass bei der Verübung von Drogendelikten, Vandalismus oder sonstigen Gewalttaten im Stadtpark zunächst der Parkbetreiber, also die Kommune, in Haftung genommen würde. Dies nur, weil die Kommune den Park für jedermann frei zugänglich zur Verfügung stellt. Das ist eine abstruse Vorstellung.

Ein Beispiel für eine gelungene Umsetzung des Gratis-Internets liefert die Stadt Mannheim. Über einen Gestattungsvertrag mit einer privaten IT-Firma wird die Verantwortung bezüglich Haftungsfragen und Datenschutz auf den privaten Betreiber übertragen, der mit spezieller Filtertechnik dazu in der Lage ist, rechtlich bedenkliche Inhalte zu blockieren. Außerdem trägt der private Unternehmer einen Großteil der für die Hardware anfallenden Kosten. Der kostenlose Login in das WLAN mit dem Namen „free-key mannheim“ erfolgt durch eine PIN-Nummer, welche der Nutzer per SMS oder E-Mail anfordern kann. Auch bei uns im Saarland gibt es bereits ein Beispiel für die Umsetzung, die Stadt Wadern, die maßgeblich auf Initiative der JU Wadern einen öffentlichen und kostenlosen WLAN-Hotspot im Bereich des Marktplatzes anbietet.

Deshalb fordern wir, dass auch unsere Städte, Gemeinden und der Landkreis mit der Zeit gehen und freies WLAN an attraktiven öffentlichen Plätzen zur Verfügung stellen.

III. Breitbandausbau

Beim flächendeckenden Netz- und Breitbandausbau ist Deutschland, als einer der führenden Industriestaaten in der Welt, abgehängt. Der ländliche Raum wurde teilweise durch die Telekommunikationsunternehmen schlichtweg mangels finanzieller Rentabilität ausgespart, obwohl der Bedarf an höheren Bandbreiten immer mehr zunimmt. Der dadurch entstehende Standortnachteil für den ländlichen Raum ist gravierend. Vergangenes kann nicht zurückgedreht werden, aber die Gegenwart kann gestaltet werden. Kurzum, es ist DIE Infrastrukturmaßnahme, die unser Land in vielen Bereichen nachhaltig prägen wird. Wir als Junge Union machen uns für den flächendeckenden Breitbandausbau stark.

Probleme sind bereits vielfältig diskutiert worden. Jetzt muss es um Lösungen gehen. Der Zeitfaktor spielt eine maßgebliche Rolle, um nicht noch mehr durch die USA, Korea, Japan, Indien oder andere abgehängt zu werden. Wir dürfen nicht noch mehr Potential verschenken. Die Digitale Agenda der Bundesregierung ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss die Bundesregierung konkret werden und umgehend handeln.

Wenn es um lösungsorientiertes Denken geht, werden immer wieder die gleichen Namen beim Breitbandausbau im ländlichen Raum genannt: Der Main-Kinzig-Kreis in Hessen sowie der Landkreis Cochem-Zell in Rheinland-Pfalz. Sie sind Deutschlands Vorreiter in Sachen flächendeckendem Breitbandausbau. Geschwindigkeiten von mindestens 16 Mbit/s, im Regelfall 50 Mbit/s sind hier seit wenigen Jahren Standard. Naturgemäß sind die Voraussetzungen bei allen Gemeinden und Landkreisen stark unterschiedlich. Daher können diese Erfolgsmodelle lediglich zu einer Anregung von individuellen Lösungsansätzen anleiten.

Wir als Junge Union fordern daher die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Breitband“ auf Landkreisebene, die sich dem Thema Breitbandausbau annimmt und diesen in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren bei uns im Sankt Wendeler Land vorantreibt. Dieser Arbeitsgruppe sollen Vertreter von Bund, Land, Landkreis, Gemeinden sowie Vertreter der Telekommunikationsunternehmen angehören (wie z.B. die Firma Inexio, VSEnet, Telekom, etc.). Die Gründung einer solchen Arbeitsgruppe ist dahingehend sinnvoll, dass im Gegensatz zur bisherigen Praxis nicht jede Gemeinde selbst für den Breitbandausbau verantwortlich ist, sondern der Ausbau seitens des Landkreises einheitlich koordiniert wird, um so schneller zum Erfolg zu gelangen. Dabei muss das Kirchturmdenken überwunden werden und Hand in Hand für das gemeinsame Ziel gearbeitet werden. Das dies möglich ist, zeigt erneut das Beispiel im Main-Kinzig-Kreis: Hier wurde das Vorhaben durch den Landkreis mit den Beschlüssen ALLER 29 Kommunen des Kreises unterstützt.

Es müsste darüberhinaus durch das Land gesichert sein, dass im Rahmen der Daseinsfürsorge keine Dörfer mehr auf der Strecke bleiben und alle angebunden sind.

Weiterhin machen wir uns für die Einführung einer zentralen Stelle stark, der jede Erdbewegung bei Tiefbauvorhaben gemeldet werden muss, damit Leerrohre gelegt werden können. Diese können im Bedarfsfall für Glasfaserkabel benutzt werden. Ein solches Verfahren ist effizient und kostengünstig.

Wir als Junge Union wollen Ideengeber sein und schlagen daher als weitere Vorgehensweise vor: Nach der Einarbeitungsphase der Arbeitsgruppe und einer Erhebung der Breitbandversorgung sowie deren Auswertung muss offensiv durch Informationsveranstaltungen und Bürgerversammlungen für dieses Projekt geworben werden. Denn häufig wird die Bedeutung vom Breitbandausbau verkannt. Dem muss man konsequent entgegentreten. Hier sind wir gefordert.

Als nächsten Schritt schlagen wir nach dem Vorbild der oben genannten Erfolgslandkreise die Gründung einer Breitband-Infrastrukturgesellschaft vor. Diese Gesellschaft, der verschiedene Körperschaften wie Kreis, Kommunen usw. angehören, baut stellvertretend für die öffentliche Hand das Netz aus. Die Chancen, die der Breitbandausbau mit sich bringt, werden unterschätzt: Wirtschaftsförderung, die Unterstützung des strukturschwachen ländlichen Raums durch Neuansiedlungen von Unternehmen oder das Entgegenwirken des demografischen Wandels, sind nur drei von vielen Aspekten. Ein leistungsstarker Internetzugang ist außerdem notwendig, um bereits angesiedelte Großunternehmen, wie zum Beispiel Fresenius, in der Region zu halten. Der Breitbandausbau geht uns alle an! Packen wir es an!

IV. Medienkompetenz und Internetauftritt

Wir als Junge Union sind der Ansicht, dass unsere touristischen Angebote gerade auf den Internetauftritten von Landkreis, Städte und Gemeinden gebündelt beworben werden müssen. Eine gemeinsame Strategie sollte angestrebt werden. Diese Synergieeffekte würden für Touristen und Bürger eine Verbesserung bedeuten. Sie könnten sich dann auf der gemeindeeigenen Internetseite auch über Freizeitangebote in den Nachbargemeinden

informieren. In einem Landkreis der kurzen Wege sollten die Gemeinden zusammenspielen und nicht nur ihre eigenen Sehenswürdigkeiten bewerben. Das steigert die Attraktivität der gesamten Region und ist für alle Beteiligten von Vorteil.

Ein einladender Internetauftritt ist für einen Landkreis in einer Tourismusregion von großer Bedeutung. In der heutigen Zeit sollten ansprechende Homepages selbstverständlich sein. Außerdem sollten die Seiten auch stets auf dem aktuellen Stand sein. In der Praxis ist beides häufig nicht der Fall.

Aus diesem Grund sollte eine Vereinheitlichung und Erneuerung des gewählten Designs der Internetpräsenz angestrebt werden. Durch ein einheitliches Design aller Internetseiten bei Kreis und Gemeinden würde sowohl ein Zeichen der Kooperation als auch der Zusammengehörigkeit gesetzt werden. Außerdem würde ein einheitlicher Aufbau die Übersichtlichkeit und Bedienungsfreundlichkeit erheblich steigern. Ein stilvoll gestalteter Internetauftritt ist die Visitenkarte einer Region für die Welt. Eine Tourismusregion muss sich bestmöglich präsentieren.

Wir fordern zusätzlich, dahingehend eine WND App zu erstellen und einzuführen.

Auch sehen wir als Junge Union Handlungsbedarf im Rahmen der Vermittlung von Medienkompetenz. In unserer heutigen Zeit ist ein sicherer Umgang mit Computer, Internet und Co von großer Bedeutung. Der kompetente Umgang mit Medien wird durchweg in allen Berufen vorausgesetzt. Grundsätzlich ist es die Verantwortung jedes Einzelnen, seine Medienkompetenz zu fördern und einen entsprechenden Umgang mit neuen Medien zu finden. Die Schulen haben jedoch neben den Eltern die Pflicht, den Schülern entsprechende Fähigkeiten zu vermitteln. Die Aufklärung über Chancen und Gefahren des Internets gehören ebenfalls auf den Lehrplan, zum Beispiel im Seminarfach. Jungen Menschen muss ein verantwortungsvoller Umgang mit Medien beigebracht werden. Aufgrund der Tatsache, dass unsere Medienwelt sich in ständigem Wandel befindet, hat die Schule darauf zu reagieren. Man kann sich diesem Wandel der Medienwelt nicht verschließen und muss junge Menschen dahingehend fördern.

Wir fordern daher, dass Medienkompetenz viel stärker in der Schule vermittelt wird. Das heißt auch, dass die Lehrkräfte fortgebildet werden müssen, um stets auf dem aktuellen Stand zu sein.

V. Verwaltungsbezogene elektronische Kommunikation benutzerfreundlich und effizient gestalten

E-Government dient dem Ziel, die elektronische Verwaltung zu fördern und behördlichen Institutionen die Möglichkeit zu bieten, Verwaltungsdienste für die interne Bearbeitung, sowie für den Bürger, erleichtert anzubieten.

Bestandteile des E-Governments sind unter anderem Information, Kommunikation, Transaktion und Integration, obgleich es derzeit wichtig ist, sich auf die ersten beiden genannten Bestandteile zu fokussieren.

Die durch das E-Government neu geschaffenen Interaktions - und Kommunikationswege ermöglichen dem einzelnen Bürger einen besseren Kontakt zu den Behörden. Durch die Vereinfachung verwaltungstechnischer Abläufe resultiert eine temporale und lokale Unabhängigkeit der Kommunikation. Ferner lassen sich, durch die Einführung einer technisch modernen Verwaltung, Kosten seitens der Behörden einsparen. Darüber hinaus ist es durch die standardisierten Verwaltungsabläufe möglich, die dadurch eingesparten personellen Ressourcen für die individuellen und elektronisch nicht durchführbaren Belange der Bürger zu nutzen. Weiter wird die interkommunale Zusammenarbeit durch die Möglichkeiten des E-Governments verbessert.

Ebenso ermöglicht das Einsetzen von Tabletcomputern eine mittel- bis langfristige Kostenersparnis hinsichtlich des Informationstransfers zwischen der kommunalen Verwaltung und den gewählten Gremien.

Schlussfolgernd fordern wir als Junge Union die Überprüfung der finanziellen Rentabilität und der praktischen Umsetzung weiterer Elemente des E-Governments sowie den Einsatz von Tabletcomputern in den gewählten Räten.

VI. Schluss

Wir als Junge Union haben die Wichtigkeit der Digitalisierung für unsere Gesellschaft erkannt und werden uns in der nächsten Zeit für deren vielfältige und konsequente Umsetzung im täglichen Leben stark machen, damit Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig und lebenswert bleibt.